

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Verleger: Die Arbeiter-Zeitung, 100000 Berlin, Unter den Eichen 100. Druck: Die Arbeiter-Zeitung, 100000 Berlin, Unter den Eichen 100.

Mit den Beilagen: "Der rote Stern", "Der kommunistische Gewerkschafter", "Rote Hilfe", "Die Kommunistin", "Der Genossenschaftler", "Tribüne", "Der Jungprolet". Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abonnementspreise: Ein Jahr 100000 Mark, sechs Monate 50000 Mark, drei Monate 25000 Mark, ein Monat 8000 Mark. Ausland: Ein Jahr 120000 Mark, sechs Monate 60000 Mark, drei Monate 30000 Mark, ein Monat 10000 Mark.

Gewerkschaften für Fürstenabfindung

Die Forderungen der Hohenzollern

(Eig. Drahtb.) Berlin, 7. Januar.

Der Ortsrat Limbach (Sachsen) des ADGB. nahm einstimmig eine Resolution an, die Herbeiführung eines Volksentscheids zur Enteignung der Fürsten fordert und ein Aktionsprogramm zum Kampf gegen die Abwälzung der Folgen der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterschaft aufstellt.

Eine Mitgliederversammlung des ADGB in München-Gladbach nahm einstimmig mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder eine Resolution gegen die Fürstenabfindung an, in der ADGB, SPD und KPD zu gemeinsamer Aktion zur Herbeiführung der reiflichen Enteignung auf dem Wege des Volksentscheids aufgefordert werden.

Eine Generalversammlung der Zahlstelle der Bäcker und Konditoren in Götha forderte in einer Entschließung die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Sie forderten vom ADGB und den Reichstagsfraktionen der SPD und KPD die Einleitung des Volksentscheids.

Die Annahme dieser Resolution erfolgte einstimmig.

Gemeindeparlament und Fürstenraub.

Die Zahl der Gemeindevertretungen, die von der Regierung entschädigungslos Enteignung fordern, nimmt täglich zu. Von den in den letzten Tagen angenommenen Resolutionen sind bemerkenswert die der Stadtverordnetenversammlung von Wald in Westfalen sowie der Gemeindevertretungen in Schönfels und Rottluf in Sachsen, wo kommunistische Anträge mit den Stimmen der SPD zur Annahme gelangten. Ferner wird gemeldet:

Riel. Die gestrige Kollegial-Sitzung in Riel nahm einen Antrag der kommunistischen Fraktion auf entschädigungslose Enteignung der Fürstlichen Häuser mit den Stimmen der SPD und der Mieterfraktion an.

Der Raubzug der Hohenzollern

Berlin, 7. Januar.

Der Reichsdienst der Deutschen Presse verbreitet einige bisher nicht bekannte Einzelheiten über den Vergleich, den die Preussische Regierung des Sozialdemokraten Braun mit den weggegangenen Hohenzollern am 12. Oktober 1925 geschlossen hat. Die Korrespondenzmeldung soll dazu dienen, den Vergleich zu enttarnen; die Hohenzollerngesellschaft als eine arme, hilfsbedürftige Familie hinzustellen.

Die Zahl der unterhaltungsbedürftigen Mitglieder des den Preußen im verwegenen Sinne des Wortes so teuren Fürstenhauses beträgt 49 Personen. Nach der Behauptung der Hohenzollern bringt der Vergleich ihnen höchstens ein Geschäft der von ihnen zusammengeraubten Vermögensmasse. Der ihnen zugewiesene Landbesitz ergibt einen Ertrag von knapp 500 000 Mark jährlich. Die Verabfindung von 30 Millionen Mark ergibt nach dem Steuerabzug eine Jahresrente von 1,5 Millionen Mark.

Es entfällt danach auf den Kopf, Frauen, Kinder, Säuglinge eingerechnet, eine reine Rente von jährlich 50 000 Mark. Dazu Baulichkeiten und Grundstücke, die den Hohenzollern zufallen sollen, ergeben die folgende stattliche Reihe:

Burg Hohenzollern, das Palais Kaiser Wilhelms I., das Niederländische Palais, Schloss und Park Bellevue in Berlin, Schloss und Park Babelsberg, Jagdschloß Königsmuthausen und Kominten, das Ansbacher Palais in Berlin, die Herrschaft Cabinnen, das Thronleben Dels, die den Neben- und Seitenlinien gehörenden Güter Ueh, Poreh, Falterheide, Hannelmarkt, Lützenberg, Frauendorf, Görlitz, Camenz, Seidenberg, Schmalenstein und Schönau, weiter etwa 23 000 Hektar in der bisher streitigen Herrschaft Muffelhäuser, die insgesamt circa 40 000 Hektar umfaßt, die Güter Bornim, Geyrighsberg, Fürstenau, Siegersdorf, Oberthomaswadau, Fort Detersbagen, sowie eine Reihe von Villen und Grundstücken.

Das Hausarchiv der Hohenzollern in Charlottenburg wird vom Preussischen Staat und vom abgedankten Könighaus gemeinsam verwaltet und finanziert werden. Die Verwaltung des Hohenzollern-Museums in Monbijou übernimmt der Staat, der sich verpflichtet, es in seiner Eigenart zu erhalten, also die Allerhöchste beschmutzten Hohenzollern-Windeln dem flammenden Publikum gegen gebührendes Entree vorzuführen.

Außerdem soll Wilhelm, wenn er es wünscht, Schloss und Park Homburg vor der Höhe für sich und seine Frau als Wohnsitz zur Verfügung gestellt bekommen. Wilhelm braucht also nur die Regierung zu äußern, nach Preussischer Verfassung kann verheißt ihm Braun und Severing zu einem komfortablen

Schloß, von dem aus er ungestört seine Putschversuche durchführen kann.

Weiterhin bekommt der Kronprinz für Kinder und Enkelkinder (die legitimen, versteht sich) Cäcilienhof bei Potsdam. Das ist alles — nach der Hohenzollern-Darstellung, die frisiert ist.

50 000 Mark bare Renten Jahr für Jahr auf den Kopf eines jeden Hohenzollern-Prinzen ist in den Augen eines Arbeitlosen, der nicht weiß, wie er mit Frau und Kindern das Leben des nächsten Tages fristen soll, ein riesengroßer Skandal.

Schlösser und Landbesitz sind in den Augen eines Proleten, der von seinem Hungerlohn kaum die Miete für seine elende Ein- und Zweizimmerwohnung aufbringen kann, eine freche Provokation.

In jeder Versammlung, wo Arbeiter zusammenkommen, in jedem Betrieb, wo sie arbeiten, in jeder Zahlstelle, wo die Erwerbslosen klemmeln gehen, in jeder Gewerkschaftsumsunkunft muß dieser Vergleich, den sozialdemokratische Führer als Minister abzuschließen gewagt haben, bekannt werden. Überall, wo Arbeiter zusammenkommen, überall, wo durch den Inflationsraub verarmte Handwerker über ihr Elend klagen, muß dieser Vergleich ihnen vor Augen gehalten werden.

Die Hohenzollern mit Wilhelm an der Spitze haben namenloses Elend über die deutschen Volksmassen gebracht. Jetzt fordern sie noch als Dank des Vaterlandes Millionen und Millionen aus den Taschen der werktätigen Massen.

Nur eine Antwort gibt es darauf: Die entschädigungslose Enteignung der Fürstlichen Häuser, voran der Hohenzollern.

Die Durchführung des Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung.

Der Kampf der Ruhrarbeiter

(Eig. Drahtber.) Essen, 7. Januar.

Durch die vor kurzem erfolgte Stilllegung der Zeche Joachim ist in Ragn und Schonnebed der größte Teil der Einwohner brotlos geworden. Nach dem Beispiel des um Sprochhövel geführten Abwehrkampfes hat jedoch die Protestbewegung der gesamten Bevölkerung sofort eingeleitet. Eine von KPD, SPD, Zentrum, Christlich-Sozialen, freien und christlichen Gewerkschaften und verschiedenen Arbeiterorganisationen einberufene Protestversammlung in Schonnebed forderte von der preussischen Regierung die Stilllegungen zu verhindern und die Zeche zu enteignen. Es wurde ein Einheitskomitee gegründet, das beauftragt wurde, die Verbindung mit der Belegschaft aller Zechen und Werke, die von Stilllegung bedroht sind, aufzunehmen, um den Kampf in einheitlicher Front zu führen.

Betriebsstilllegungen und Kurzarbeit in Schlessen

(Von unserem Betriebsberichterfasser.)

In der Stuhlfabrik Striegau wurde sämtlichen Lebigen gelündigt. Nachmittags 3 Uhr wurden diese, ungefähr 15 bis 20, entlassen. Weitere Ründigungen für Berzeiräte stehen bevor. Die Granitwerke Firma Kohr-Striegau haben der Belegschaft gelündigt und sollen in 14 Tagen entlassen werden. Die Strumpffabrik Striegau arbeitet ebenfalls verürzt.

Vom Tage

Auf dem Demokraten-Parteitag in Stuttgart rüstete Koch an die SPD, die Mahnung, sich nicht isolieren zu lassen.

Erst nach dem nunmehr erfolgenden Rücktritt des Rheines lassen sich die angerichteten Verwüstungen in vollem Umfang übersehen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Samburgs wenden sich gegen einen Beschluß ihres Vorstandes, keine Neuwahl der Bezirksvertrauensleute, deren Mandate erlöschen sind, vorzunehmen.

Die Transportarbeiterunion und die Union der englischen Gemeindefarbeiter haben den Plan einer Vereinigung der beiden Gewerkschaften. Die neue Union würde 600 000 Arbeiter umfassen und damit der größte Arbeiterverband der Welt sein.

Die englische Zeitung "Times" fordert auch für den Fall ein antisowjetisches Locarno-Pakt.

Der 14. Parteitag der KPD.

Moskau, Januar 1926.

Ein Leitartikel der "Pravda" erklärt über die Ergebnisse des 14. Parteitages, daß die Tagung in einer neuen Etappe der Entwicklung, die in gewissem Maße einen Wendepunkt bedeutet, vor sich ging. Das Moment des Parteitages ist durch folgendes Charakterisiert: Zeitweise Stabilisation des Kapitalismus, gewisses Abflauen der Revolutionswelle im Westen; fünf Jahre Neue Oekonomische Politik in der Sowjetunion; Annäherung zur vollständigen Wiederherstellung der Sowjet-Wirtschaft; beim zweifellosen Wachstum des spezifischen Gewichts der sozialistischen Elemente in der Sowjet-Wirtschaft ist auch das Anwachsen kapitalistischer Verhältnisse in Stadt und Land festzustellen; auf Grund der Entwicklung der Wirtschaft wächst die Aktivität sämtlicher Klassen und Schichten der Bevölkerung der Sowjetunion.

In diesen Verhältnissen hatte die Partei die Pflicht, die Richtung ihrer Wege und Methoden zum sozialistischen Aufbau nochmals zu kontrollieren.

Die Hauptfrage ist, ob der geniale Plan Lenins betreffs des Aufbaues des Sozialismus im zurückgebliebenen Bauernlande gerechtfertigt ist? Ob die schwere Methode der Vorrückung zum Sozialismus, die NEP genannt wird, richtig benutzt wird? Wohin die Sowjetunion wächst, zum Sozialismus oder zum Kapitalismus? Ob es möglich ist, den Sozialismus in einem zurückgebliebenen Lande bei Verzögerung der Weltrevolution zu bauen? Die ungeheure Bedeutung des Parteitages besteht darin, daß er diese entscheidenden prinzipiellen Fragen stellte und löste.

Der Parteitag bekräftigte nochmals, daß die Partei eine der Truppen der kommunistischen Bewegung der internationalen Arbeiterklasse ist, weswegen die Hauptorientierung der Partei eine Orientierung auf die Entwicklung und den Sieg der internationalen proletarischen Revolution ist.

Nachdem der Parteitag das allgemeine wirtschaftliche Wachstum, das Anwachsen der Bedeutung der sozialistischen Wirtschaftselemente und die einsetzende Offensive des Proletariats auf Grund der NEP feststellte, wies der Parteitag auf die Notwendigkeit hin, den wirtschaftlichen Aufbau darauf zu führen, daß die Sowjetunion in der kapitalistischen Umgebung sich nicht in ein wirtschaftliches Anhängel der kapitalistischen Weltwirtschaft verwandeln könne, sondern eine selbständige Wirtschaftseinheit darstelle, die sich sozialistisch entwickelt, und die dank ihres wirtschaftlichen Wachstums geeignet sei, als mächtiges Mittel der Revolutionierung der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker der Kolonien und Halbkolonien zu dienen.

Als Ausdruck des Willens und der Meinung der Arbeiterklasse, die die Oktober-Revolution vollzog, erklärte der Parteitag, daß „unser Land, das Land der Diktatur des Proletariats, alles Notwendige zum Aufbau der vollständigen sozialistischen Gesellschaft befreit“ (Lenin) und daß „der Kampf für den Sieg des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion die Grundaufgabe der Partei ist“.

Auf diese Weise gab der Parteitag die würdige Antwort einem jeden, der in der letzten Zeit versuchte und noch versucht, den Willen des Proletariats zum Aufbau des Sozialismus zu erschüttern. Der Parteitag hielt sogar für notwendig, hervorzuheben, daß eine der notwendigen Voraussetzungen der Lösung der gestellten Aufgaben, der Kampf gegen den Unglauben an dem Aufbau des Sozialismus in unserem Lande und gegen die Versuche, unsere Unternehmen, die Unternehmen „konsequent sozialistischen Typs“ sind (Lenin), als staatskapitalistische Unternehmen zu betrachten“ ist.

Der Parteitag wies auf folgende Hauptgefahren hin: auf das absolute Anwachsen des Privatkapitals, hauptsächlich des Handelskapitals, bei verhältnismäßigem Sinken seiner Rolle; auf das Anwachsen der Differenzierung des Dorfes und die Stärkung der kapitalistischen Oberschichten des Bauerntums; auf das Anwachsen der Stadtbourgeoisie, die „in ihrem Kampfe für die Unterwerfung der Hauptmasse der Mittelbauern-Wirtschaften sich mit den handelskapitalistischen und Kulaki-Wirtschaften zusammenzuschließen“ trachtet.

Der Parteitag bekämpfte entschieden die unbedeutende Gruppe der neuen Opposition, die vor den erwähnten Gefahren in Panik geriet, die Gefahren übertrieb und die Partei auf einen unrichtigen Weg lenkte. Dieses Verhalten barg ernste Konsequenzen in sich, da die Oppositionsgruppe, indem sie die Kulaki-Gefahr übertrieb, die Grundmasse der Mittelbauernschaft und die großen historischen Aufgaben der Partei in Bezug auf diese Masse nicht wahrnahm. Deswegen warnte der Parteitag vor einer Entstellung der tatsächlichen Lage im Dorfe und betonte nochmals, daß die Mittelsbauernschaft „ungeachtet des Prozesses der Differenzierung die Grundmasse des Bauerntums darstellt“, daß deshalb jedwede Unterdrückung der Mittelbauernschaft, das Anwachsen ihrer ungeheuer wichtigen Rolle, der Versuch, die Partei von der Rolle des festen Bündnisses mit der Mittelbauernschaft zu verleierte Parole der Neutralierung umzuwandeln

Das von den Arbeitern... die Forderung der... die Forderung der... die Forderung der...

Die Partei... die Partei... die Partei... die Partei... die Partei...

Die neue Opposition... die neue Opposition... die neue Opposition... die neue Opposition...

Der Artikel... der Artikel... der Artikel... der Artikel... der Artikel...

Wie steht es mit dem Barmatverfahren Eine kommunistische Frage

(Eig. Drahtb.) Berlin, 7. Januar.

Die kommunistische Landfraktion hat folgende große Anfrage eingebracht: Bereits im Juli 1925 war die Untersuchung gegen die Gräfin Barmat...

Wir fragen das Staatsministerium: 1. Hat die Staatsanwaltschaft nunmehr gänzlich über die Durchführung des Strafverfahrens...

Unter den Wundheilern Die Gedankens des Herrn v. S.

(Eig. Drahtb.) Berlin, 7. Januar.

Die Welt... die Welt... die Welt... die Welt... die Welt... die Welt... die Welt... die Welt...

Stimmen der Demo'n'at'ion

(Eig. Drahtb.) Berlin, 7. Januar.

Die demokratische Bewegung... die demokratische Bewegung... die demokratische Bewegung... die demokratische Bewegung...

Die sozialdemokratische... die sozialdemokratische... die sozialdemokratische... die sozialdemokratische...

Für Kriegsbeteiligte und Kriegsverwundete Hilfsleistungen in Oesterreich

Die sozialdemokratische... die sozialdemokratische... die sozialdemokratische... die sozialdemokratische...

Am 3. April 1918... am 3. April 1918... am 3. April 1918... am 3. April 1918...

Am 2. Im Interesse... am 2. Im Interesse... am 2. Im Interesse... am 2. Im Interesse...

Ueber die Verwendung... ueber die Verwendung... ueber die Verwendung... ueber die Verwendung...

Polizeiüberfälle auf kommunistische Büros

(Eig. Drahtb.) Berlin, 7. Januar.

Die polizeilichen Hausdurchsuchungen... die polizeilichen Hausdurchsuchungen... die polizeilichen Hausdurchsuchungen...

Die Reichskonferenz des KPD

Am 13. und 14. Februar... am 13. und 14. Februar... am 13. und 14. Februar...

Die Delegationskosten... die Delegationskosten... die Delegationskosten... die Delegationskosten...

Von Hüfn zu Hüfn...

Roman einer Frau
Von Anna Meyenberg - Der Malik-Verlag, Berlin

Minutenlanges Schweigen... minutenlanges Schweigen... minutenlanges Schweigen... minutenlanges Schweigen...

zu einer neuen... zu einer neuen... zu einer neuen... zu einer neuen... zu einer neuen...

Das war meine erste... das war meine erste... das war meine erste... das war meine erste...

(Fortsetzung folgt)

